



Dr. Ralf Brauksiepe
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Pressemitteilung

Berlin, 16.10.2018

Dr. Ralf Brauksiepe MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 71
Raum: 341
Telefon: +49 30 227-74545
Fax: +49 30 227-76780
ralf.brauksiepe@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Bochumer Straße 15
45549 Sprockhövel
Telefon: +49 2324-90 48 29 6
Fax: +49 2324-90 48 29 7
ralf.brauksiepe.wk@bundestag.de

Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange der Patientinnen
und Patienten

Stellvertretender Vorsitzender der
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Brauksiepe: Bundestag berät über Senkung der Krankenversicherungsbeiträge

Der Deutsche Bundestag berät in dieser Woche unter anderem über Beitragsentlastungen der gesetzlich Krankenversicherten. Dies teilt der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete und Patientenbeauftragte Dr. Ralf Brauksiepe MdB mit.

Das Versichertenentlastungsgesetz sieht vor, daß der Krankenversicherungsbeitrag ab dem 1. Januar 2019 wieder zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden soll. Neben dem auch bisher paritätisch finanzierten allgemeinen Beitragssatz in Höhe von 14,6 Prozent soll ab dem kommenden Jahr auch der Zusatzbeitrag wieder paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden.

Dadurch müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Insgesamt werden damit die gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland um rund 8 Milliarden Euro jährlich entlastet.

Gleichzeitig wird der monatliche Mindestbeitrag zur Krankenkasse für Kleinselbständige halbiert. Krankenkassen mit hohen Rücklagen sollen darüber hinaus ab dem Jahr 2020 verpflichtet werden, hohe Finanzreserven durch Beitragssenkungen abzubauen. Die Rücklagen der Krankenkassen dürfen künftig eine bestimmte Höhe nicht mehr überschreiten.

Die CDU-geführte Koalition beschließt damit in dieser Woche das erste von mehreren geplanten Gesetzen, mit denen die Situation der gesetzlich Versicherten in Deutschland konkret weiter verbessert werden soll.